

Als am 9. November 1989 die Berliner Mauer geöffnet wurde und sich bereits wenige Wochen danach die Möglichkeit einer raschen Vereinigung der beiden deutschen Staaten abzeichnete, ging eine emotionale Schockwelle durch weite Teile Europas. In die Freude über die gewonnene Freiheit für die Menschen in den Ländern Ost-Mitteleuropas und damit auch in der DDR mischte sich ein erhebliches Maß Sorge angesichts eines durch die Wiedervereinigung erneut erstarkenden Deutschland. Unter europäischen Politikern und Intellektuellen war die Zahl derjenigen, die sich vor der deutschen Einheit fürchteten, vermutlich nicht geringer als die Zahl derer, die sich über sie freuten.

Auch viele deutsche Intellektuelle glaubten, dass die beiden deutschen Staaten eigentlich gar nicht mehr zusammenpassten. Als Willy Brandt bemerkte, es wachse „zusammen, was zusammengehört“, entgegnete der Schriftsteller Patrick Süskind im *Spiegel*: „Was gehört denn da zusammen, bitte sehr? Gar nichts! Im Gegenteil: Nichts Unzusammenhängenderes lässt sich denken als DDR und BRD! Verschiedene Gesellschaften, verschiedene Regierungen, verschiedene Wirtschaftssysteme, verschiedene Erziehungssysteme, verschiedener Lebensstandard, verschiedene Blockzugehörigkeit, verschiedene Geschichte, verschiedene Promillegrenze – gar nichts wächst da zusammen, weil gar nichts zusammengehört.“

Ganz anders die Beobachtung des Vorstands des Henkel-Konzerns, Helmut

Sihler, der im Frühsommer 1990 die DDR besuchte. Als er zurückkehrte, berichtete er, das Aufregendste sei für ihn, wie ähnlich die Menschen dort den Menschen im Westen seien. Es sei wirklich *eine* Bevölkerung. Österreicher beispielsweise – er selbst ist Österreicher – seien völlig anders. Wenn Deutsche und Österreicher aufeinanderträfen, sei das wie zwei Welten. Wer hatte nun recht?

Brüder und Schwestern

Es war für die Sozialforschung ein großer Moment, als im Frühjahr 1990 die ersten Umfrageergebnisse aus der DDR vorlagen. In vielerlei Hinsicht unterschieden sich die Ostdeutschen von den Westdeutschen. Das betraf zunächst Äußerlichkeiten wie den Kleidungs geschmack, aber auch Fragen der Werteorientierung. Dennoch überwog beim Betrachten der ersten Daten aus der DDR der Eindruck des Vertrauten. Bei allen Unterschieden im Detail zeigten die Deutschen in Ost und West eine bemerkenswerte Ähnlichkeit. Elisabeth Noelle-Neumann sprach damals in ihrem ersten Vortrag über die „Premiere eines demoskopischen Vergleichs“ von einer auffallenden „Familienähnlichkeit“ der Ost- und Westdeutschen. Besonders auffällig war, dass sich Ost- und Westdeutsche trotz der Sozialisation in gegensätzlichen Gesellschaftssystemen in mancherlei Hinsicht gemeinsam von anderen europäischen Völkern unterschieden, etwa in ihrer Neigung zu starken emotionalen Schwankungen. Das berühmte „himmelhoch jauchzend – zu Tode be-

trübt“, das bereits im neunzehnten Jahrhundert so unterschiedliche Beobachter wie Madame de Staël, Heinrich Heine und Friedrich Nietzsche an den Deutschen festgestellt hatten, fand hier seine sozialwissenschaftliche Bestätigung. Mit gutem Grund konnte Elisabeth Noelle-Neumann feststellen, dass es offenbar durchaus so etwas wie einen gemeinsamen Nationalcharakter gab und damit auch eine Grundlage für ein Zusammenwachsen der beiden Landesteile.

Der Traum von den „blühenden Landschaften“

Kaum jedoch hatte sich mit dem Fall der Mauer und den freien Wahlen in der DDR die Möglichkeit zur staatlichen Einheit Deutschlands eröffnet, wandelte sich die öffentliche Diskussion in einer Art und Weise, die sich als schwere Hypothek für den Vereinigungsprozess der kommenden Jahre erweisen sollte. Statt die Prinzipien einer freiheitlichen Gesellschaft in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der Massenmedien weitgehend auf das Ziel, die materiellen Lebensverhältnisse der ostdeutschen Bevölkerung möglichst rasch auf das westdeutsche Niveau zu bringen. Bundeskanzler Kohl hatte ungewollt selbst das Schlagwort dafür geliefert, als er in einer Fernsehansprache im DDR-Fernsehen zur Einführung der D-Mark in Ostdeutschland am 1. Juli 1990 sagte: „Durch eine gemeinsame Anstrengung wird es uns gelingen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Sachsen und Thüringen schon bald wieder in blühende Landschaften zu verwandeln, in denen es sich zu leben und zu arbeiten lohnt.“

Begierig wurde das Wort von den „blühenden Landschaften“ in der öffentlichen Diskussion aufgegriffen, und nun ließ sich jeder Rückschlag in der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland, jede Nachricht über die infolge des not-

wendigen Strukturwandels unvermeidlich steigende Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern, jede Information über noch bestehende Einkommensunterschiede zwischen Ost und West mit der Frage kommentieren, wo denn nun die vom Bundeskanzler versprochenen „blühenden Landschaften“ blieben. Dabei waren die objektiven Daten in vielerlei Hinsicht eindrucksvoll: Binnen weniger Jahre erreichte die ostdeutsche Bevölkerung ein Wohlstandsniveau, von dem sie in Zeiten der DDR nicht hätte träumen können. Bis 1996 hatte sich das frei verfügbare Einkommen der Bewohner der ehemaligen DDR gegenüber 1991 um fast fünfzig Prozent erhöht, ein Zuwachs, der weit über dem der wirtschaftlichen Produktivität der neuen Länder lag. Die Ausstattung der Haushalte mit Konsumgütern erreichte binnen weniger Jahre das westdeutsche Niveau, der Fuhrpark an Privatfahrzeugen war Ende des Jahrzehnts moderner als der der Westdeutschen.

Doch die hochgesteckten Erwartungen, die mit dem Schlagwort von den „blühenden Landschaften“ verknüpft waren, mussten in einer Zeit, in der soziale Gleichheit als der wichtigste Maßstab für wirtschaftlichen Erfolg verwendet wurde, bei den Menschen zu Enttäuschungen führen. Als das Institut für Demoskopie Allensbach im Juli 1998 fragte „Gibt es in Ostdeutschland heute blühende Landschaften, oder ist das nicht der Fall?“, sagten nur 27 Prozent der Ostdeutschen, der Traum von den „blühenden Landschaften“ sei Wirklichkeit geworden. 54 Prozent meinten, es gebe sie nicht.

In dieser Situation verfiel das Vertrauen der Bevölkerung in das Wirtschaftssystem. Der Anteil derjenigen in Ostdeutschland, die sagten, sie hätten von der Marktwirtschaft eine „gute Meinung“, sank in der Zeit zwischen 1991 und 1995 von 77 auf 37 Prozent. Stattdessen verbreiteten sich verschwommene Ideen von einem „dritten Weg“ zwischen

Sozialismus und Marktwirtschaft. Bereits im Jahr 1993 stimmte eine relative Mehrheit von 46 Prozent der ostdeutschen Bevölkerung der Aussage zu „Bei der Wiedervereinigung wurde wirklich die Chance vergeben, eine neue Staatsform zu schaffen, in der Marktwirtschaft, Menschlichkeit und Sozialismus miteinander verbunden werden“. Nur 33 Prozent widersprachen ausdrücklich und gaben zu Protokoll, dass sie froh seien, dass sich das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem der Bundesrepublik durchgesetzt hatte. Bis heute ist bei der Bevölkerung – inzwischen zunehmend auch in den alten Bundesländern – die Meinung verbreitet, dass Marktwirtschaft letztlich menschliche Kälte bedeute. Rückblickend betrachtet, lag sicherlich einer der schwersten Fehler der ersten Jahre nach der Wiedervereinigung darin, dass keine ernsthaften Versuche unternommen wurden, wirtschaftliche Zusammenhänge zu erklären und für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zu werben. Die Annahme, dass die Vorzüge eines freiheitlichen Wirtschaftssystems so offensichtlich seien, dass sie von allein auf Zustimmung stießen, hat sich nicht bestätigt. Sie unterschätzte die Kraft der weltanschaulichen Prägung in einem sozialistischen Gesellschaftssystem.

Die „Mauer in den Köpfen“

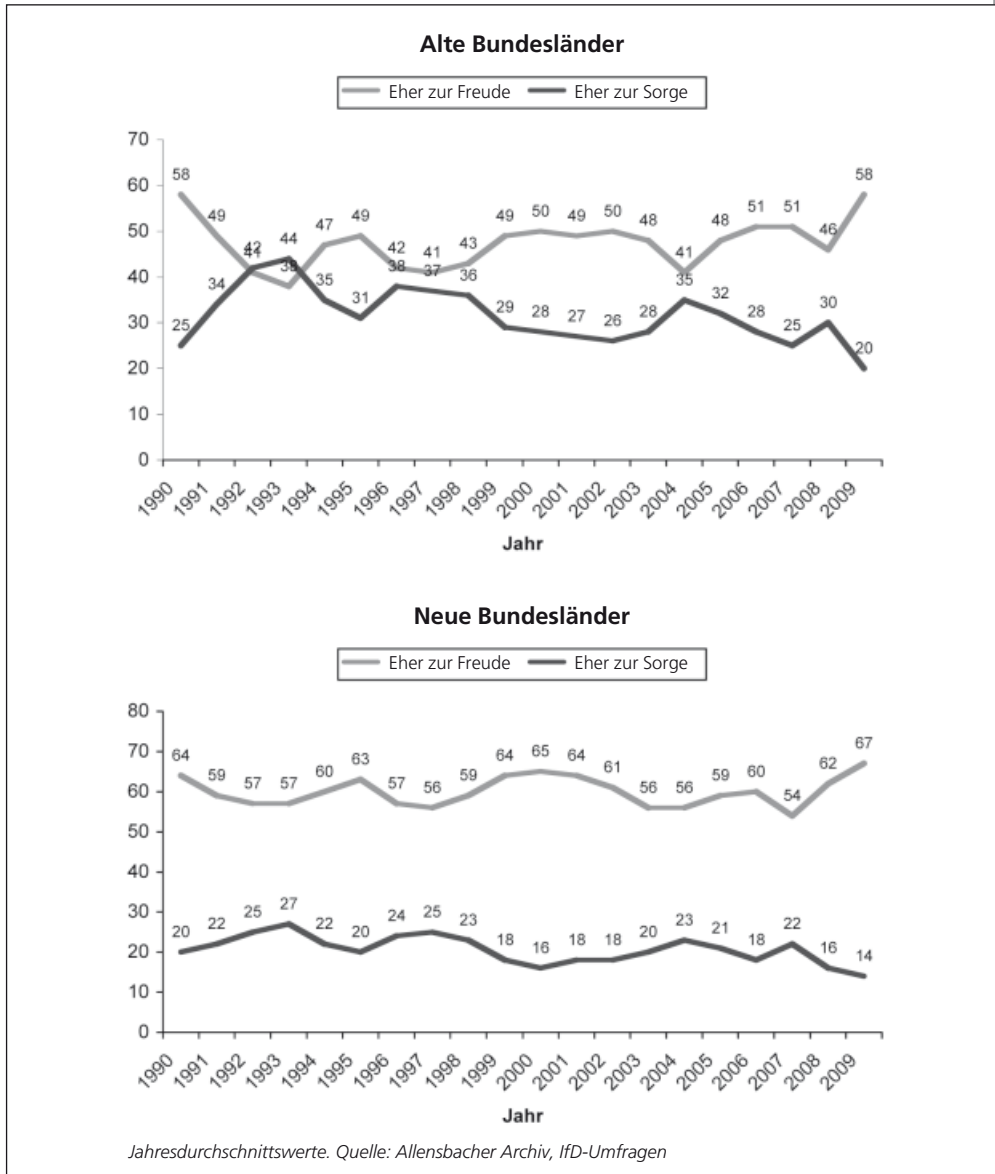
Wenn es eine Phase in den letzten zwanzig Jahren gibt, die man als Krise des Zusammenwachsens Ost- und Westdeutschlands betrachten kann, dann ist dies sicherlich die Mitte der 1990er-Jahre. Dazu trug neben der Frage, wo denn die „blühenden Landschaften“ blieben, die Metapher von der „Mauer in den Köpfen“ wesentlich bei. Der Begriff war vielleicht auch deshalb so populär, weil er die Nachrichtenfaktoren des Konflikts und der Negativität bediente und dementsprechend aus journalistischer Sicht einigige Attraktivität besaß.

Wahr an dem Konzept der „Mauer in den Köpfen“ ist, dass sich nach dem Abklingen der ersten Euphorie über das unverhoffte Glück der Einheit zeigte, dass der Umstand, dass West- und Ostdeutsche vier Jahrzehnte in verschiedenen gesellschaftlichen Systemen gelebt haben, nicht spurlos an ihnen vorbeigegangen war. In vielen Feldern zeigten sich trotz der oben erwähnten „Familienähnlichkeit“ vor allem weltanschauliche Unterschiede, die zu Kommunikationsproblemen zwischen beiden Bevölkerungsteilen führen mussten. Auf die Frage des Allensbacher Instituts „Wenn Sie jetzt einmal die Deutschen im Osten des Landes mit den Deutschen im Westen vergleichen: Überwiegen da die Unterschiede, oder überwiegen da die Gemeinsamkeiten?“ antworteten im Oktober 1994 49 Prozent der Deutschen, die Unterschiede würden überwiegen. In Westdeutschland waren es 47, im Osten 55 Prozent. Nur 34 Prozent (35 im Westen und 29 im Osten) sagten, die Gemeinsamkeiten überwiegen. Es bildeten sich unfreundliche Klischeebilder der „Besserwissis“ und der „Jammer-Ossis“ heraus: Der Anteil der Ostdeutschen, die Westdeutsche für freundlich hielten, sank in der Zeit von 1991 bis 1994 von 55 auf 37 Prozent. Die Zuordnung „Fleißig“ ging in der gleichen Zeit von 53 auf 36 Prozent zurück, „Intelligent“ von 45 auf 32 Prozent. Die negativen Zuschreibungen blieben dagegen bestehen: 81 Prozent der Ostdeutschen meinten 1991 von den Westdeutschen, sie seien „auf Geld aus“, 1994 waren es 82 Prozent. Die Zuordnung der Eigenschaft „Bürokratisch“ nahm sogar von 62 auf 67 Prozent etwas zu. Nicht ganz so ausgeprägt, aber in der Tendenz ähnlich verdunkelte sich das Bild der Ostdeutschen bei den Westdeutschen.

Falsch an dem Bild der „Mauer in den Köpfen“ war jedoch immer, dass es suggerierte, West- und Ostdeutsche befänden sich in einem ernsten, tiefer gehenden

Die Freude über die Wiedervereinigung war im Westen nur kurzzeitig, im Osten nie getrübt

Frage: „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher Anlass zur Freude oder zur Sorge?“



Konflikt, stellten gar die Wiedervereinigung infrage. Die Klischeebilder vom „Besserwessi“ und „Jammer-Ossi“ verflüchtigten sich rasch, wenn West- und Ostdeutsche miteinander in Kontakt kamen. Und vor allem bei der Bevölkerung

in den neuen Bundesländern kam bei aller Enttäuschung über Details des Prozesses, bei aller Distanz zu vielen Werten und dem wirtschaftlichen System der Bundesrepublik nie auch nur annähernd der Gedanke auf, man solle den Prozess

wieder rückgängig machen. Auf die Frage „Ist die deutsche Wiedervereinigung für Sie eher ein Anlass zur Freude oder eher zur Sorge?“ antwortete stets, auch in der schwierigen Phase Mitte der Neunzigerjahre, eine deutliche Mehrheit der Ostdeutschen: „Sie ist ein Anlass zur Freude.“ Da waren es schon eher die Westdeutschen, die angesichts der Kosten der Einheit zeitweilig Sorgen zu Protokoll gaben, doch Sorge ist hier nicht mit einer Ablehnung der Einigung gleichzusetzen (Schaubild 1). Die viel zitierte „Mauer in den Köpfen“ hatte nie den Charakter eines grundlegenden, unüberwindlichen gesellschaftlichen Konfliktes. Stattdessen mussten die Deutschen nach Jahrzehnten der Trennung im Alltag erst wieder zueinanderfinden.

Versäumnisse bei der Vergangenheitsbewältigung

Als sich das Allensbacher Institut daran machte, die Muster der allmählichen Annäherung der Ost- und Westdeutschen zu untersuchen, stieß man auf ein unerwartetes Phänomen. Ausgangspunkt der Entdeckung war das Ergebnis einer Frage, die entwickelt worden war, das Ausmaß der Verstörung der Bürger in den neuen Bundesländern zu messen. Der totale Wechsel des politischen und gesellschaftlichen Systems, die gewaltigen Veränderungen im Alltagsleben, der Zusammenbruch der administrativen Strukturen, das alles konnte doch nicht ohne Folgen geblieben sein. Also wurde im Jahr 1992 eine Frage formuliert, die diese Erschütterungen im Leben plakativ formulierte. Sie lautete: „Kürzlich erhielten wir einen Brief, in dem zu lesen stand: ‚Nach all diesen Ereignissen der letzten Jahre, Umstürze, Veränderungen usw., muss ich sagen: Ich kann die Welt nicht mehr verstehen.‘ Wie empfinden Sie das, geht Ihnen das auch so, oder geht es Ihnen nicht so?“

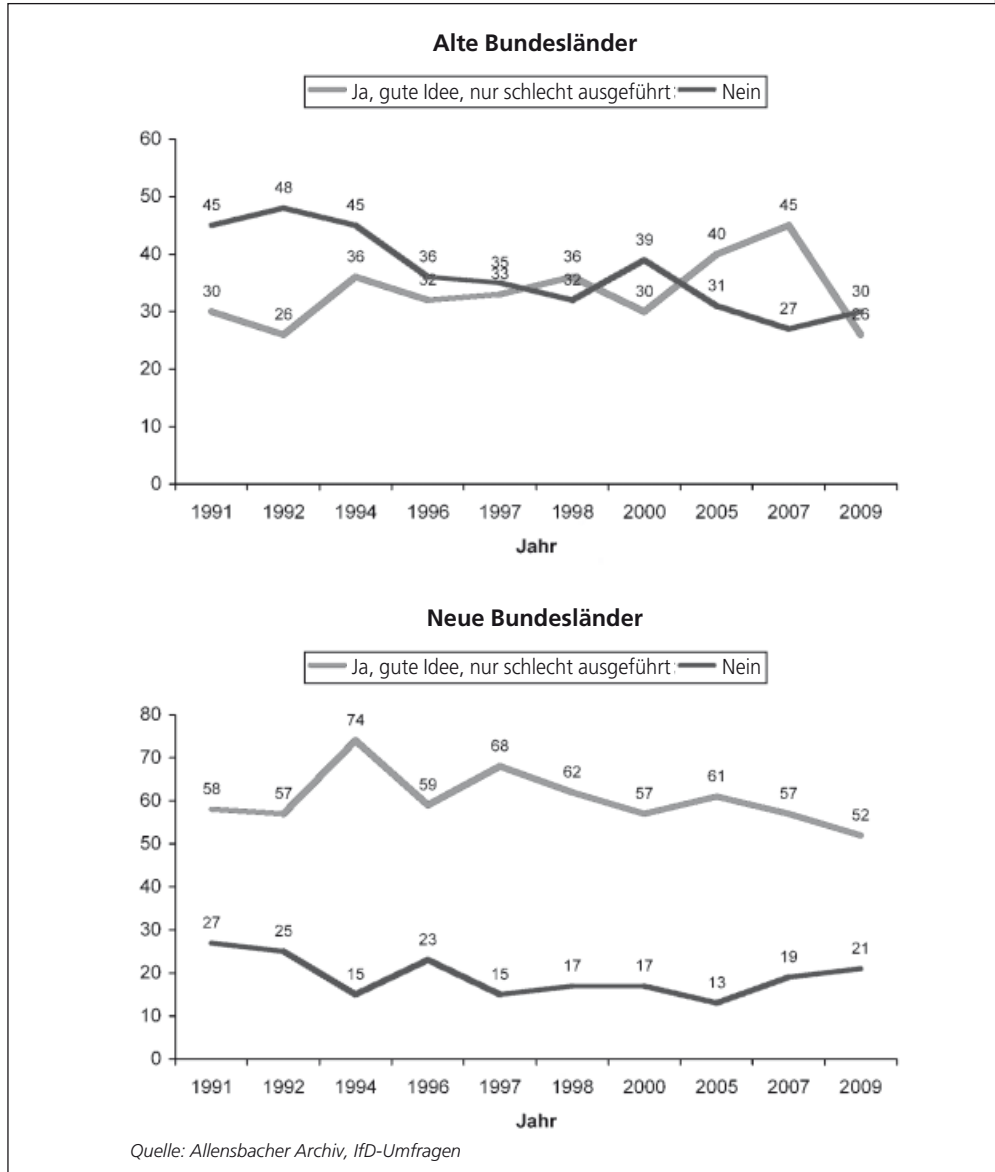
Erstaunlicherweise stellte sich heraus, dass es weniger die Ostdeutschen als viel-

mehr die Westdeutschen waren, die angesichts der Umbrüche der vorangegangenen Jahre verunsichert waren: 46 Prozent der Bevölkerung im Westen sagten, sie könnten die Welt nicht mehr verstehen, im Osten waren es 42 Prozent. „Das geht mir nicht so“, sagte in den neuen Bundesländern eine relative Mehrheit von 44 Prozent, in den alten waren es nur 36 Prozent. Es ist interessant, darüber zu spekulieren, warum dies so war. Es erscheint plausibel anzunehmen, dass die westdeutsche Gesellschaft durch die offene politische Debatte, auch die schmerzvolle und konfliktreiche Aufarbeitung des Dritten Reiches, eine Kultur des Selbstzweifels entwickelt hatte, eine geistige Tradition, in der es selbstverständlich war, die eigene Position infrage zu stellen, während in der DDR den Menschen ein klares, von Selbstzweifeln freies Selbstbild vermittelt wurde.

In den folgenden Jahren zeigte sich jedenfalls, dass nicht, wie anfangs angenommen worden war, die ostdeutsche Bevölkerung sich in den meisten weltanschaulichen Fragen an die westdeutsche annäherte, sondern dass in wichtigen Feldern umgekehrt sich die Westdeutschen den selbstbewussteren Ostdeutschen anpassten. Dies ist besonders deutlich an den Einstellungen gegenüber dem Sozialismus zu erkennen. Auf die Frage „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“ reagierten seit Anfang der 1990er-Jahre die Menschen in Ost und West stets mit deutlichen Mehrheiten der ostdeutschen Bevölkerung mit Zustimmung. Die Annahme, dass der Sozialismus im Prinzip eine gute Sache sei, wurde von den meisten nicht infrage gestellt. Sie wurde in der öffentlichen Diskussion auch nie ernsthaft herausgefordert. Der Gedanke, dass das Weltbild des Sozialismus selbst die Ursache der Misere in der DDR gewesen sein könnte und nicht allein die konkrete Ausführung, liegt den meisten bis heute

Der Sozialismus bleibt als eine gute, aber schlecht ausgeführte Idee im Osten präsent.

Frage: „Halten Sie den Sozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt wurde?“



fern. Dass der aufs Kollektiv abstellende Grundgedanke des Sozialismus den Menschen möglicherweise nicht gerecht wird, dass der Glaube, das Gesellschafts- und Wirtschaftsleben bis ins Detail staatlich steuern zu können, vielleicht eine Annäherung gewesen sein könnte – das alles

war nie ein großes Thema. Die Grundzüge des in der DDR vermittelten Weltbildes wurden nicht erschüttert.

Die westdeutsche Bevölkerung dagegen, größtenteils in Demokratie und Marktwirtschaft aufgewachsen, hatte ein ganz anderes Weltbild verinnerlicht. Sie

lehnte Anfang der Neunzigerjahre die These, der Sozialismus sei eigentlich eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei, mit deutlicher Mehrheit ab. In den darauffolgenden Jahren aber näherte sie sich immer mehr der ostdeutschen Position an. 2007 schließlich hielt auch eine deutliche relative Mehrheit von 45 Prozent der Westdeutschen den Sozialismus für eine grundsätzlich gute Idee, die nur schlecht ausgeführt worden sei. Erst Ende des vergangenen Jahres – man kann annehmen unter dem Einfluss der umfangreichen Medienberichterstattung zum zwanzigsten Jahrestag des Mauerfalls – kehrte sich dieser Trend wieder um (Schaubild 2).

Überhaupt hat es den Anschein, als habe das Gedenken an die Ereignisse vor zwanzig Jahren in jüngster Zeit dazu geführt, dass auch das Nachdenken der Bevölkerung über die Grundlagen der Freiheit etwas zugenommen hat. Dennoch ist offensichtlich, dass erhebliche Defizite in der Aufarbeitung der zweiten deutschen Diktatur bestehen. Erkennbar wird dies beispielsweise am Ausmaß der Verklärung der DDR, die weit über eine verständliche Nostalgie, die viele Menschen im Rückblick auf vergangene Zeiten empfinden, hinausgeht. Dies zeigt sich an den Antworten auf Fragen, in denen das Prinzip des Rechtsstaates angesprochen wird, etwa in einer Frage vom November 2009, bei der zwei Argumente gegeneinander gehalten wurden. Das erste lautete: „Natürlich hatte die DDR auch ihre schlechten Seiten. Aber wenn man sich an die Regeln hielt, konnte man dort ganz gut leben. Für mich hat in der DDR keine Willkür geherrscht.“ Die Gegenposition lautete: „Sicher gab es Menschen, die sich in der DDR wohlgefühlt haben. Aber das ändert nichts daran, dass die DDR eine Diktatur war, bei der man vor willkürlichen Übergriffen des Staates nicht sicher sein konnte.“ 82 Prozent der Befragten in der alten Bundesrepublik stimmten der

zweiten, nur sechs Prozent der ersten Meinung zu. Ganz anders das Antwortverhalten in den neuen Bundesländern: Hier sagten 49 Prozent, für sie habe in der DDR keine Willkür geherrscht. Lediglich 35 Prozent widersprachen.

Einschätzung der Rechtsstaatlichkeit

Nicht viel weniger deutlich fielen die Antworten auf die Frage „Würden Sie sagen, die DDR war ein Rechtsstaat, oder würden Sie das nicht sagen?“ aus: 76 Prozent der Westdeutschen, aber nur vierzig Prozent der Ostdeutschen sagten, die DDR sei kein Rechtsstaat gewesen. Vierzehn Prozent in den alten und dreizehn Prozent in den neuen Bundesländern bezeichneten sie ausdrücklich als Rechtsstaat. Unentschieden waren im Westen zehn, im Osten dagegen eine relative Mehrheit von 47 Prozent. Bemerkenswert ist bei dieser Frage vor allem das Antwortverhalten der jungen Generation der unter Dreißigjährigen in Ostdeutschland: Sie sagten zu 62 Prozent, sie wüssten nicht, ob die DDR ein Rechtsstaat gewesen sei oder nicht. Das Beispiel bestätigt einen Befund, der sich in der Demokratieforschung immer wieder zeigt: Es wird oft angenommen, die Vorzüge von Demokratie und Freiheit seien so offensichtlich, dass sie den Menschen nicht erklärt, nicht aktiv nahegebracht werden müssten. Doch diese Annahme ist falsch, ebenso falsch wie die Annahme, das Verständnis für die Marktwirtschaft setze sich von selbst durch. Es ist eine zentrale Aufgabe der politischen Bildung, den grundlegenden Unterschied zwischen Rechtsstaatlichkeit und Willkür zu vermitteln. Geschieht dies nicht, fehlt den Bürgern die Orientierung. Angesichts der Umfrageergebnisse ist es sicherlich nicht übertrieben festzustellen, dass auf diesem Gebiet in den letzten Jahren wenig Erfolge erzielt worden sind.

Diese Probleme ändern jedoch nichts daran, dass die Deutschen heute die letz-

ten zwanzig Jahre als Erfolg betrachten. Auf die Frage „Glauben Sie, dass das Zusammenwachsen Deutschlands gelingt, oder glauben Sie, dass Ost und West im Grunde immer wie zwei getrennte Staaten bleiben werden?“ antworteten im September 2010 mit 63 Prozent fast zwei Drittel: „Das Zusammenwachsen gelingt.“

Zufrieden in sich ruhendes Volk?

Die viel zitierte „Mauer in den Köpfen“ spielt im Alltag keine Rolle mehr. Die Menschen sind der Ost-West-Auseinandersetzung müde geworden. Fast zwei Drittel, 64 Prozent, stimmen heute der Aussage zu „Zwanzig Jahre nach der Wiedervereinigung hat es keinen Sinn mehr, immer noch auf den Unterschieden zwischen Ost- und Westdeutschland herumzureiten. Natürlich gibt es da auch Probleme, aber alles in allem ist es doch gut so, wie es jetzt ist.“

Und die „blühenden Landschaften“? Sie sind nach der Ansicht vieler inzwischen Wirklichkeit geworden. Eine – allerdings knappe – relative Mehrheit von 39 Prozent der Ostdeutschen sagte im September 2010, es gebe heute durchaus „blühende Landschaften“ in den neuen Bundesländern. Der Widerspruch ist seit 1998 von 54 auf 34 Prozent zurückgegangen. Diejenigen, die die Bezeichnung für zutreffend hielten, wurden zusätzlich gefragt, seit wann man denn ihrer Ansicht nach von „blühenden Landschaften“ sprechen könne. Die Mehrheit derer, die eine Antwort gaben, sagte, dies sei seit zehn Jahren oder schon länger der Fall. Rückblickend betrachtet, hatte Bundeskanzler Kohl im Jahr 1990 nicht zu viel versprochen. Könnte es sein, dass die Deutschen auf dem Weg sind, zum ersten Mal seit Jahrhunderten ein einigermaßen zufriedenes in sich ruhendes Volk zu werden?

Revolution in jedem Einzelnen

„Viele sind durch die Alltagsprobleme, die die Auflösung des DDR-Systems und die Wiedervereinigung mit sich brachten, vor ganz neue existenzielle Aufgaben gestellt worden, die sie oft kaum meisterten. Die Zeit in der Bürgerbewegung aber ist unvergessen. Es war die Zeit des Aufbruchs, der Selbstfindung, Selbstbestimmung und der Selbstorganisation. Die Begeisterung und die wunderbare Stimmung werden vermisst. Wenn man bedenkt, dass viele Träume und Hoffnungen nicht in Erfüllung gingen [...], dann kann man eigentlich auch noch diesen Satz anfügen: ‚Unsere Revolution ist noch nicht zu Ende‘. Und damit meine ich keine Revolution, die die Machtverhältnisse stürzen will, sondern ich meine eine Revolution, die in uns selbst stattfinden muss. Ihr Ziel muss sein, dass wir als selbst bestimmte Menschen handeln und keine Manipulationsobjekte sind. Das wir nachdenken und uns zutrauen die Welt zu verändern, auch wenn es so aussieht als wären Veränderungen unmöglich. [...] Ohne die Gewaltlosigkeit – letzten Endes auf beiden Seiten – hätte es den Herbst 1989 so auch nicht gegeben. Trotzdem hat eine Revolution stattgefunden. Für mich sind die Veränderungen, die in jedem einzelnen stattgefunden haben, genauso wichtig wie die gesellschaftlichen Veränderungen. Vielleicht sogar noch wichtiger. Die Leute sind aus ihrer Erstarrung erwacht und haben angefangen zu sprechen und zu handeln. Viele sind leider wieder in die alte Erstarrung zurückgefallen, z. T. sogar in Nostalgie versunken oder haben ihre Aktivitäten auf das Gebiet des Geldverdienens verlagert [...]“

Bärbel Bohley am 21. November 2006 in ihrem Vortrag „Über das Ende der DDR – aus der Perspektive einer Zeitzeugin“ an der Universität Augsburg.